

[REDACTED]

An die Stadt Hennef,
an das Umweltamt,
an den Ausschuss für Umwelt, Energie
und Klimaschutz der Stadt Hennef
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef

E: 22. SEP. 2022

14.09.2022

Bürgeranfrage/Bürgerantrag gemäß §24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Dahm,
sehr geehrter Herr Oppermann, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Umwelt,
Energie und Klimaschutz der Stadt Hennef,

Dem Eindruck, dass es sich bei dem bereits eingereichten Bürgerantrag um die Initiative einer einzelnen Bürgerin handelt, möchte ich mich entschieden entgegenstellen. Es ist vielmehr das Arbeitsergebnis einer Initiative engagierter und informierter Menschen, die sich für die Zukunft der Waldflächen in kommunaler Hand einsetzen.

Der Wald spielt eine zentrale Rolle für den Schutz von Klima, Wasser und Boden. Er ist ein charakteristischer Teil unserer Landschaft, Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen und ein bedeutender Naherholungsraum für die hier lebenden Menschen. In den Jahren der Dürre und des Fichtensterbens seit 2018 kam und kommt es zu umfangreichen forstlichen Maßnahmen auf den kommunalen Waldflächen der Stadt Hennef.

Am 8. Juli 2019 hat die Stadt Hennef den Klimanotstand beschlossen und sich damit verpflichtet, konkrete Handlungsschritte zum Klimaschutz zu unternehmen. Dies umfasst auch den Umgang mit kommunalen Waldflächen und das zu entwickelnde Konzept einer Wiederbewaldung.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns mit folgenden Fragen und Anregungen an den Rat der Stadt Hennef:

1. Wer trifft die Entscheidungen zu forstlichen Maßnahmen auf den Kommunalwaldflächen, wo, aufgrund welcher Grundlagen und Abstimmungen, im Ausschuss und im Rat? Wer wird daran beteiligt?
2. Zum Rückegassensystem: In den Richtlinien der PEFC/FSC ist eine dauerhafte Markierung und Freihaltung der Rückegassen gefordert. Gibt es eine Dokumenta-

tion der Gassen (historisch/aktuell) analog oder digital, auf Karten? Wie wird sichergestellt, dass nur auf den festgelegten Gassen gefahren wird?

3. Gibt es eine Planung die Abstände auf 40m (FSC) oder darüber hinaus wie von Wissenschaftlern und Naturschutzverbänden sowie in den aktuellen Förderrichtlinien der Bundesregierung gefordert auf 60 m neu anzulegen? Wenn nicht, was spricht dagegen?
4. Zur Waldgenossenschaft (Bezugnehmend auf ihre Antwort vom 31.05.2021): Wann fand die Veranstaltung statt? Wer hat daran teilgenommen? Was wurde dort beschlossen (Ergebnisprotokoll)?

Wir regen an,

- Den aktuellen Forstwirtschaftsplan öffentlich vorzustellen und zu veröffentlichen (z. B. auf der städtischen Internetseite).
- Naturschutzverbände und engagierte Bürger_Innen an zukünftigen Planungen im kommunalen Wald zu beteiligen (Siehe etwa das Vorgehen des Oberbergischen Kreises¹).
- Sich mit dem Wiederbewaldungskonzept des oberbergischen Kreises auseinanderzusetzen und dazu den dortigen Umweltdezernenten Herrn Frank Herhaus (ehemaliger Leiter der Biostationen Oberbergischer und Rheinisch-Bergischer Kreis) zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses einzuladen.
- eine FSC-Zertifizierung der Kommunalwaldflächen einzuleiten. Kommunalwaldflächen haben gegenüber Forstbetriebsgemeinschaften eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Da der Landesbetrieb Wald & Holz auf Landes- und Bundesflächen FSC zertifiziert ist, wäre es möglich, über eine Gruppensertifizierung Kommunalwaldflächen im Kreis mit einzubeziehen, und so Kosten und Aufwand zu sparen.
- unter Berücksichtigung von Vernetzungsaspekten (wertvolle Flächen mit altem Baumbestand, Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Quellgebiete) mindestens 10% der städtischen Waldfläche für Wildnisentwicklung vorzusehen (dauerhafte Festlegung und Beobachtung, möglichst keine Eingriffe, keine Holzentnahme).
- eine ausführliche und transparente Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Räumung der Kalamitätsflächen und des Holzverkaufs aufzustellen und dabei gesondert auf die staatliche Förderung einzugehen.
- die (globale) Klimawirkung forstlicher Maßnahmen (Transport der Maschinen an den Einsatzort, Einsatz von Harvester und Forwarder vor Ort, Transport von Holz per LKW, Verkauf und Weitertransport sowie Verwendungszweck des Holzes) zu quantifizieren.

¹ Landrat Oberbergischer Kreis (2022): Waldvereinbarung, URL: <https://www.obk.de/cms200/pbu/ero/kwf/wbw/index.shtm>

-
- die (regionalen) Folgewirkungen der forstlichen Maßnahmen (Austrocknung der Flächen, Bodenverdichtungen durch den Einsatz der Großmaschinen, infolge verminderte Wasseraufnahme im Boden, schnelleres Abfließen des Wassers aus dem Wald in Gewässer > lokale Hochwasserereignisse und schnellere Umsetzung der Biomasse auf den geräumten Flächen, CO₂-Ausstoss) einzuschätzen und zu diskutieren.
 - Versuche mit der Einzäunung (bzw. dem Schutz durch Holzgatter) abgeräumter Kalamitätsflächen ohne Bepflanzung umzusetzen, um Erfahrungen zu sammeln, die einen Kosten-Nutzenvergleich gegenüber Pflanzungen mit Verbiss- und Fege-Schutz ermöglichen.

Unsere Position, neue Prioritäten

Nichts geht so weiter wie bisher (im Wald und auch in der Landschaft). Es wird nicht die eine Strategie geben. Trotzdem gibt es Schwerpunkte und Prioritäten die benannt und bearbeitet werden müssen.

Wasser im System halten

besonders im Wald aber auch in der Landschaft (Schwammstadt – Schwammwald). Da ist bisher wenig geschehen und es gibt viele Möglichkeiten die teils mit wenig Mitteln flächendeckend eingesetzt werden können. Das geht von Versickerungsmulden entlang der Wirtschafts-Wege, Aufstauungen an Wirtschaftswegkreuzungen im Wald, in dem Rohre 1-2 m höher eingesetzt werden, biberdammartige Aufstauungen in Feuchtgebieten die auch ökologische Funktionen haben, Wiederinbetriebnahme von alten Teichen im Wald, mit ganz wenig Aufwand möglich oder Neuanlage als Biotop in feuchten Lagen (auch Faktor bei Starkregenereignissen, regionaler Hochwasserschutz). Ein großer Faktor ist hier auch stehendes und liegendes Totholz als Feuchtigkeitsspeicher und Lebensraum.

Keine erhöhte Brandgefahr durch abgestorbene Bäume

Grundsätzlich besteht keine erhöhte Waldbrandgefahr durch Totholz im Wald. Friedhart Knolle, Förster in dem vom Fichtensterben stark betroffenen Nationalpark Harz sagt: „Es gibt eine Waldbrandgefahr im Nationalpark, aber vor allem durch Bodenbrände, die zum Beispiel aus schlecht gelöschten Feuerstellen entstehen können. Die abgestorbenen Fichten erhöhten die Waldbrandgefahr nicht“. Insbesondere liegendes Totholz ist oft feucht, da es vermodert – und brennt daher kaum. Vielmehr kann es einer Austrocknung des Waldbodens entgegenwirken. Beispiele für den Umgang mit Totholz im Wald sind etwa die Entwicklungen im Nationalpark Bayerischer Wald und auf den Hennefer Privatwaldflächen des Försters Martin Groger.

Kühlungsfunktion der Wälder

Geschlossene, dichte, mehrstufige Wälder erfüllen eine wichtige Kühlungsfunktion. Diese spielt regional vor allem für die großen aber auch mittleren Städte (Köln, Düsseldorf, Bonn aber auch Gummersbach, Bergisch Gladbach, Rösrath, Hennef usw.) eine große Rolle. Dabei sind auch Bäume, Gehölzgruppen und Hecken in der Stadt und der freien Landschaft miteinzubeziehen.

Den größten negativen Effekt diesbezüglich hatte und hat das flächige Abholzen und der Abtransport der abgestorbenen Fichten für den umgebenden Wald, den Boden und das regionale Klima: Der ungebremsste Wind in Kombination mit der starken Sonneneinstrahlung auf ungeschützten Boden trocknet den Boden stark aus, die Temperatur auf diesen Flächen steigt wesentlich stärker an. Der umgebende Wald in den Randflächen wird auch in Mitleidenschaft gezogen: Buchen bekommen Sonnenbrand und sterben ab. So wirkt die Abholzung nicht nur auf die Fläche sondern auch auf die nähere Umgebung. Hier ist die Frage zu stellen, welches Bewirtschaftungssystem und welche Entscheidungs- und Organisationsstrukturen zu den aktuellen Anforderungen passen.

Kritik am PEFC

In Übereinstimmung mit den Stellungnahmen von Naturschutzverbänden, kritischen Forstwissenschaftlern und Praktikern stellen wir fest: Das PEFC Siegel verfügt über schwammige Kriterien und ein schwaches Kontrollsystem. Verstöße werden nicht veröf-



fentlicht und diskutiert, es gibt viele weiche Formulierungen wie: „sollte möglichst“ oder „wird angestrebt“. Die meisten katastrophalen Kalamitätsmaßnahmen fanden ohne interne Kritik in PEFC-Forsten statt.

Viele Städte und Kreise in der Region haben bereits anspruchsvollere Zertifizierungen und Programme durchgeführt, so etwa Bonn, Düsseldorf, Krefeld, Remscheid, Boppard Oberbergischer Kreis u.a.

Demokratisierung der Entscheidungsfindung

Wir brauchen eine Umweltpädagogik von der Kita bis zum Greis um eine Beziehung zur Umgebung und zum Wald aufzubauen. Sie muss begleitet werden durch Wissensvermittlung und eine ausgeprägte Diskussionskultur, eine Auseinandersetzung mit den Themen Klima, Gerechtigkeit, Menschenrechte und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie eine breite Beteiligung von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen bei der politischen Entscheidungsfindung.

Mit freundlichen Grüßen





Anhang: Hintergrundinformationen

Zum Verständnis: die hier aufgeführten Texte sind den angefügten Links entnommen. Zur Kenntlichmachung wurden die Texte mit „“ als direkte Zitate markiert.

Bürgeranregung Klimanotstand

<https://www.attac-netzwerk.de/rhein-sieg/kreis-und-kommunen/klimanotstand>

„Am Freitag, den 14.6.2019 hat attac gemeinsam mit der BI Naturfreunde Troisdorf, dem BUND Rhein-Sieg-Kreis und dem NABU Kreisverband Rhein-Sieg den Kreistag und alle 19 Kommunen im Kreis angeschrieben und eine "Bürgeranregung gemäß §21 KrO NRW / §24 Gemeindeordnung NRW - Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands" eingereicht.

Wir regen damit an, dass der Kreistag und die Räte der Kommunen im Kreis in ihrer nächsten Sitzung den Klimanotstand für den Rhein-Sieg-Kreis bzw. für ihre Gemeinde feststellen und in einer Resolution beschließen mögen, Maßnahmen zu ergreifen, die über die bisherigen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz hinausgehen.

Mit dem Klimanotstand sollen der Kreis und die Kommunen anerkennen, dass wir uns mitten in der Klimakrise befinden. Sie sollen sich verpflichten, den Klimaschutz bei allen Entscheidungen mitzudenken und sich auch bei den Kommunen, im Kreis, auf Landesebene und allen Gremien, in denen sie vertreten sind, für den Klimaschutz stark zu machen sowie aktiv bei den Einwohnern/Einwohnerinnen für Verhaltensänderungen zu werben.“

Klimanotstandsbeschluss der Stadt Hennef

https://www.hennef.de/index.php?id=271&tx_news_pi1%5Bnews%5D=3350&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=3457a6087ddfd12a6c78ef15a4daff8b

(09.07.2019)

„Hennef hat den Klimanotstand ausgerufen. Das ist das richtige Zeichen. Hennef erkennt die notwendigen Anstrengungen zur Begrenzung des Klimawandels an, und wir setzen das mit konkreten Handlungsschritten um. Als Bürgermeister bin ich mir der Verantwortung für den Klimaschutz sehr bewusst, und daher freue ich mich über die Einigkeit, die wir bei diesem Thema im Stadtrat haben“, sagte Bürgermeister Klaus Pipke nach der Ratssitzung am 8. Juli 2019, in der der Hennefer Stadtrat das Ausrufen des Klimanotstandes einstimmig beschlossen hatte.

Die konkreten Handlungsfelder und -schritte

Die Stadt Hennef,

verstärkt die Anstrengung bei allen raumwirksamen Entscheidungen (insbesondere innerhalb der Bauleitplanung), den Belangen des Klimaschutzes noch höheren Rang einzuräumen,

wird durch die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes ihre Möglichkeiten forcieren, emissionsarme beziehungsweise freie Verkehrsarten im Stadtgebiet zu fördern,

wird mit Beauftragung der Energieagentur Rhein-Sieg ein kommunales Energiemanagement aufbauen, das unter anderem eine monatliche Kontrolle der Energie- und Wasserverbräuche ermöglicht, Schwachstellen und Auffälligkeiten identifiziert und eine individuelle Effizienzoptimierung in den einzelnen Gebäudeteilen durch Verbesserungen im Anlagenbetrieb, organisatorische Verbesserungen und Nutzerbeeinflussung, Schulung der Hausmeister an den Anlagen zum Ziel hat, wird über ihre wirtschaftlichen Beteiligungen und Mitgliedschaften (Energienatur e.V. Bürgerenergie Rhein-Sieg e.G., Energieagentur Rhein-Sieg e.V., Stadtwerke Hennef GmbH) Projekte zum Ausbau von regenerativen Energie und zur Energieeinsparung umsetzen,

wird den Gedanken des Klimaschutzes in ihrem städtischen Leitbild verankern und hält an der Umsetzung ihres 2016 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes fest.

Mit dem Beschluss des Klimanotstandes haben sich die rechtlichen, finanziellen und aufgabenspezifischen Spielräume der Kommune allerdings nicht erweitert. Die Stadt Hennef ermuntert daher ihre Bürgerinnen und Bürger, klimaverträgliches Handeln in allen Lebensbereichen in Angriff zu nehmen.“

Hennefplan Umwelt der SPD

https://www.spd-hennef.de/hennefplan_umwelt/

„Volle Energie für Umwelt und Klima

Grüner wird's mit der SPD. Damit wir auch morgen noch gut in Hennef leben können, machen wir Hennef zur klimagerechten Stadt.

Eine nachhaltige Mobilitätspolitik ist der zentrale Baustein für Klima- und Umweltschutz vor Ort. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von weiteren Punkten, bei denen gilt: Global denken, lokal handeln. Auch im Kleinen kann man Großes bewirken. Der Klimawandel und seine Folgen sind real. In Hennef haben wir den „Klimanotstand“ ausgerufen. Wir wollen unsere Umwelt in Hennef so erhalten, dass auch unsere Nachkommen noch gut und gerne in unserer Stadt leben können und wollen. In den vergangenen Jahren hat die SPD dazu viele Projekte angestoßen, die wir mit neuen Mehrheiten verstärken werden:

Wir setzen auf einen entschlossenen und gerechten Klimaschutz vor Ort. Unsere Masterpläne sind nicht für die Schublade, sondern müssen quantifiziert und mit Zielzahlen überwacht und fortgeschrieben werden. Dabei achten wir auch auf die Menschen, die Sorge vor steigenden Energiekosten haben müssen. Klimaschutz darf kein Hobby für Besserverdienende sein, sonst wird er keinen Erfolg haben.

Den Ausbau erneuerbarer Energien treiben wir voran.

Bei allen politischen Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf Umwelt und Klima berücksichtigt werden.

Wir achten bei städtischen Gebäuden sowie bei Neubaugebieten verstärkt auf Belange des Klimaschutzes, etwa durch Photovoltaikanlagen, Geothermie oder Dach-/Fassadenbegrünung, aber auch durch Bauvorgaben z.B. hinsichtlich Dachneigungen und -ausrichtungen. Alle möglichen Flächen im städtischen Eigentum wollen wir für Solaranlagen nutzen. Auch die Auswirkungen des Klimawandels (Starkregenereignisse, Dürrephasen etc.) müssen in die Stadtplanung konkret einfließen. Durch ein sinnvolles Konzept der Oberflächenentwässerung wollen wir z.B. dafür sorgen, dass insbesondere bei Neubauprojekten genügend Wasser vom Erdreich aufgenommen werden kann und Regenwasser nicht ungenutzt direkt in die Kanalisation geleitet wird.

Um die privaten Haushalte und die lokale Wirtschaft zu unterstützen, setzen wir weiterhin auf ein umfangreiches und kostenloses Beratungsangebot hinsichtlich Energieeffizienz, Sanierung und Nutzung erneuerbarer Energien in Hennef. Die Stelle eines/r Klimaschutzmanager/in werden wir dauerhaft erhalten.

Wir wollen ein effektives und nachhaltiges Aufforstungsprogramm für Hennef.

Den auf unsere Initiative hin entwickelten städtischen „Aktionsplan gegen das Insektensterben“ wollen wir fortschreiben, weiter finanzieren und das Thema Umwelt-, Insekten- und Artenschutz vor Ort etwa mittels Blühbereichen an Feldrändern stärken. Die Ausbreitung von Schottergärten in Hennef wollen wir durch entsprechende Vorgaben einschränken.

Mit einem Aktionsplan „plastikfreies Hennef“ wollen wir gegen unnötigen Plastikmüll in Hennef vorgehen, diesen bei städtischen Veranstaltungen vermeiden und Vereine bei der Vermeidung unterstützen. Die Bußgelder für Umweltverschmutzung werden wir sinnvoll anpassen.

Umweltschutz kann nur in guter Zusammenarbeit mit der heimischen Landwirtschaft gelingen, die wir mit Vorgaben und Verordnungen nicht alleine lassen werden.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir – neben sozialen Aspekten wie einer gerechten Bezahlung – vor allem auch auf ökologische Belange achten. Dabei muss auch geprüft werden, ob in den jeweiligen Branchen Tarifverträge abgeschlossen sind. Diese Betriebe sollen bei der Vergabe vorrangig berücksichtigt werden.“

Wiederbewaldungskonzept

Offener Brief der NABU Ortsgruppe Oberberg

<https://www.nabu-oberberg.de/2021/02/25/offener-brief-waldnaturschutz/>

Dokumentation der Waldtagung "Fit für die Zukunft" des Oberbergischen Kreises am 29.04.2021

<https://www.obk.de/cms200/pbu/ero/wt/index.shtml>

Die Waldvereinbarung des Oberbergischen Kreises

<https://www.obk.de/cms200/pbu/ero/kwf/wbw/index.shtml>

Einigung der Ampel auf Konzept für klimagerechte Waldbewirtschaftung

<https://www.agra.de/age-kompakt/ansicht/news/ressorts-einigen-sich-auf-konzept-fuer-klimagerechte-waldbewirtschaftung>

(27.06.2022)

„Das Bundeslandwirtschafts- und das Bundesumweltministerium haben sich auf ein Konzept für das angekündigte neue Förderinstrument zum Wald verständigt. Für die „Honorierung der Ökosystemleistung des Waldes und von klimaangepasstem Waldmanagement“ sind bis 2026 insgesamt 900 Mio Euro aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) vorgesehen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages muss noch darüber entscheiden. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) äußerte sich grundsätzlich positiv, mahnte aber Klarheit über die Details an.

Das Konzept sieht zwei Bestandteile für die neue Förderung vor.

Bereits in diesem Jahr soll Modul 1 „Klimaangepasstes Waldmanagement“ starten. Als Voraussetzung für die Förderung ist eine zehnjährige Verpflichtung zur Einhaltung von Kriterien geplant, die über die Anforderungen der Zertifizierungssysteme PEFC und FSC hinausgehen. Zu den Kriterien zählen ein Vorrang für die natürliche Verjüngung, der Erhalt und die Erweiterung einer standortheimischen Baumartendiversität, ein Verzicht auf Kahlschläge sowie auf Düngung und Pflanzenschutzmittel oder auch die Anreicherung von Totholz. Hinzukommt eine 20-jährige Verpflichtung für Forstbetriebe mit mehr als 100 ha, auf 5 % der Fläche eine natürliche Waldentwicklung zuzulassen.

Mit 870 Mio Euro entfällt der Löwenanteil der eingeplanten Mittel auf Modul 1. Die verbleibenden 30 Mio Euro sind ab 2023 für das **Modul 2 „Extensivierung Laubholz“** eingestellt. Damit soll ein Anreiz gegeben werden, bestimmte Laubholzbestandstypen für mindestens 20 Jahre aus der Nutzung zu nehmen.

DFWR-Präsident **Georg Schirmbeck** monierte, dass die Modalitäten für die Auszahlung der Mittel in dem Konzept noch nicht hinreichend konkretisiert würden. „Wir gehen jetzt in die zweite Jahreshälfte und unsere Forstleute sind immer noch im Unklaren, nach welchen Kriterien sie Hilfen beantragen können“, so Schirmbeck. Er kritisiert erneut die vorgesehene zeitliche Begrenzung auf vier Jahre und bezeichnete die Förder-summe von jährlich 200 Mio Euro als unzureichend. Notwendig seien eine langfristige Perspektive sowie eine deutliche Erhöhung: „Auf lange Sicht reden wir über 50 Mrd Euro, die für den Waldumbau benötigt werden.“

Besondere Obacht mahnt der DFWR im Umgang mit Nutzungseinschränkungen von Waldflächen an. „Holz ist ein klimafreundlicher und CO₂-absorbierender Rohstoff und die Ernte und Verwendung ein wichtiger Faktor in der Energie- und Klimakrise“, betonte Schirmbeck. Positiv wertet er die Möglichkeit, zu nahezu 50 % nichtheimische Baumarten anzupflanzen.“

Grundsätze Naturgemäßer Waldwirtschaft der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft

<https://www.anw-deutschland.de/eip/pages/grundsaeetze-der-anw.php>

Dauerwald

Vortrag von Wilhelm Bode in der Wetter- und Klimawerkstatt Offenbach (24.03.2022)

<https://www.youtube.com/watch?v=v9BlCxyIFUY>

Position des ökologischen Jagdvereins NRW zur Wiederbewaldung und zum Wald-Wildkonflikt

<https://oejv.nrw.de/news/nachricht/unser-wald-hat-die-landtagswahl-in-nrw-verloren-1/>

„Es ist Zeit zu handeln für den Wald.

Hitzesommer, Trockenheit, Windwurf, Borkenkäfer. Ausgedehnte Waldflächen sind vernichtet. Allein Nordrhein-Westfalen verlor innerhalb von drei Jahren mehr als ein Viertel seiner Fichtenwälder, in einigen Landkreisen waren es sogar mehr als zwei Drittel. Die Bäume starben ab oder fielen großflächigen Notfällungen zum Opfer. Das zeigen aktuelle satellitengestützte Erdbeobachtungsdaten der Deutschen Agentur für Luft- und Raumfahrt(DLR). Natur heilt viele Wunden. Wenn man sie lässt. Der Wald würde sich erneuern. Aus eigener Kraft. Artenreich, klimastabil, wertvoll für Eigentümer und Gesellschaft. Als besserer natürlicher Lebensraum. Doch unsere Wildbestände (Rehe, Hirsche, Muffelschafe) sind seit Jahrzehnten um ein vielfaches überhöht. Natürliche Verjüngung und Baumpflanzungen müssen mit Zäunen oder Plastikröhren geschützt werden, sonst werden sie gefressen. Es herrscht Kahlfraß auf den Waldböden, weil die Jagd nicht stimmt. Deshalb muss die Jagd im Wald angepasst werden.

[...]

VIER GUTE GRÜNDE:

Für klimaresiliente Wälder: Wälder in Europa entstanden nach der Eiszeit. Sie wurden nicht gepflanzt. Sie wuchsen durch natürliche Ausbreitung. Baumarten setzten sich

durch, die an das veränderte Klima, die Böden angepasst sind. Es entstanden gesunde, artenreiche Mischwälder.

Auch heute wäre das wieder möglich. Das beweisen Zäune, sogenannte Weisergatter. Bis zu 14 heimische Baumarten wachsen darin. Drinnen: Wald der Zukunft. Draußen: Kahlfraß und Artenarmut. Nicht vergessen dürfen wir, dass gesunde Wälder auch eine der wichtigsten Treibhausgaskassen sind und einen wichtigen Beitrag im Hochwasserschutz leisten.

Für den Schutz der Biodiversität: Das Artensterben ist die zweite große ökologische Krise neben der Klimakrise. Auch unsere Wälder sind massiv betroffen. Ganze Pflanzengesellschaften verschwinden, weil mehr Tiere gehegt werden, als die Biotope es vertragen. Seltene Baumarten würden aus ihren natürlichen Samen wachsen, den Wald stabilisieren, dem Insektensterben entgegenwirken und der gesamten Fauna den besseren Lebensraum schaffen. Das Thema ist nicht neu: Seit mehr als 50 Jahren mahnen Umweltschützer und engagierte Jäger Veränderungen in Jagdrecht und Jagdpraxis an.

Für Gemeinwohl und erspartes Steuergeld: Die Forstwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Holz, ein nachwachsender Rohstoff, Energieträger, Baumaterial, CO₂-Speicher. Heute investieren Waldeigentümer, private ebenso wie Bund, Länder und Gemeinden viele Millionen Euro in die Wiederbepflanzung von Kahlfeldern. Sie investieren ebenso viele Millionen Euro und unterstützt mit Steuergeld in Zäune und Plastikröhren, um die Setzlinge zu schützen. Dabei zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass es billiger und natürlicher geht. Jedes Reh das jetzt in der Notzeit der Wälder zusätzlich erlegt wird, erspart dem Waldbesitzer (auch dem Steuerzahler) 1500 Euro Wiederaufforstkosten.

Für mehr Wild-Tierwohl: Wir sehen Hirschrudel auf Wiesen, viele Rehe am Waldrand und denken: Hier ist Natur intakt. Das Gegenteil ist richtig. Das Bild beweist, hier wird schlecht gejagt, oder es fehlen Jäger wie Wolf, Luchs und Bär. Zu hohe Wildbestände in armen Biotopen erzeugen Stress pur und Not für das Wild. Untersuchungen beweisen: In angepassten Wildbeständen leben die Tiere gesünder, erleiden weniger Revierstress, haben weniger Parasiten und legen an Gewicht zu. Der Wald muss als Ökosystem in seiner ganzen Komplexität gesehen werden, da nur ein gesunder Wald seine lebenswichtigen Funktionen sichern kann.“

Zum Verhältnis von Pflanzung und Naturverjüngung – Beispiel Rheinland-Pfalz

<https://www.wald-rlp.de/de/klimakrisewaldrlpde/>

„Auf dem Weg zum Klimawald der Zukunft setzen wir auf vielfältige, strukturreiche Mischwälder und vorrangig auf die natürliche Ansammlung heimischer Baumarten – in Jungwäldern sind bereits heute 87 Prozent der Bäume so gewachsen. Die Samen haben Tiere oder der Wind verbreitet. Diese natürliche Verbreitung ergänzen wir bei Bedarf punktuell durch Pflanzung dürreresistenterer Arten. So helfen wir dem Wald, sich schneller anzupassen als dies die Evolution vermutlich machen würde.

Wir schützen den Waldboden

Wir schätzen die Bedeutung unserer Waldböden als Lebensräume. Sie bilden den Grundstock für ein vitales Waldökosystem und sie besitzen eine große CO₂-Speicherwirkung. Wir wollen die Funktionsfähigkeit der Böden unbedingt erhalten und stärken. Dadurch können wir auch einen Beitrag zu einem verbesserten Wasserhaushalt leisten. Ein umsichtiger Einsatz moderner Forsttechnik hilft, Schäden zu vermeiden und mindert gesundheitliche Belastungen und Unfallgefahren für die im Wald arbeitenden Men-


schen. Notwendige Fahrbewegungen in den Waldbeständen binden wir an ein permanentes Netz von Fahrlinien, von dem keine Abweichungen toleriert werden dürfen. Flächiges Befahren ist tabu. Erosionsgeneigte Steillagen ab einer Hangneigung von 50 Prozent dürfen gar nicht befahren werden.

Auch die Nährstoffnachhaltigkeit liegt uns am Herzen. Mögliche Erntemengen passen wir an die jeweiligen Bedingungen an – auf Basis einer differenzierten und wissenschaftlich fundierten Standortanalyse. Baumkronen und schwächere Stammabschnitte überlassen wir komplett der natürlichen Zersetzung.

Wir lassen uns an unseren Prinzipien messen – von unabhängigen Auditoren

Der landeseigene Wald ist nach den Zertifizierungssystemen FSC und PEFC™ zertifiziert. Beide Systeme schreiben international höchste Umweltstandards zur Waldbewirtschaftung vor, an die wir uns halten. Sollten wir wiederholt dagegen verstoßen, würde uns das Zertifikat entzogen.

Um alles zu überprüfen, kommen jährlich unabhängige Auditoren und schauen sich beispielsweise an, wie der Boden befahren wird und ob es Totholz im Wald gibt.“